

AUS DEM NEIN WERDEN WIR EIN JA MACHEN!

Wir glauben an soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Kooperation und Solidarität.

Wir haben gekämpft und werden über die Wahlen hinaus weiterkämpfen, um der Barbarei entgegenzutreten, die sich heute mit tausend Gesichtern zeigt: Ausbeutung und Demütigung bei der Arbeit, Armut und Benachteiligung, im Meer sich selbst überlassene, ertrinkende Migranten, Umweltkatastrophen, neuer Faschismus, Gewalt gegen Frauen, zunehmende Repression und verweigerte Rechte.

In der Welt, in der wir leben, besitzen die 8 Reichsten so viel wie 3,6 Milliarden Arme; es kann Nahrung für 12 Milliarden Menschen produziert werden, aber eine Milliarde Menschen leidet an Hunger. Dies ist die Folge präziser politischer Entscheidungen, die den Reichen und Mächtigen in einer beispiellosen Dimension Macht und Ressourcen übertragen haben und gleichzeitig unsere Rechte zerlegt, alles privatisiert und vermarktet haben und jede soziale Beziehung auf einen Wettbewerb aller gegen alle reduziert hat. Zu all dem sagen wir NEIN, aber neben dem NEIN wollen wir ein Ja schaffen.

Es ist #poterealpovo, die Wiederaneignung der Souveränität der Arbeiterklasse auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft. Es ist die Wiederinstandsetzung des Rechts auf eine von Prekarität und Ausbeutung befreite Arbeit, die Rückeroberung der sozialen Rechte, der Schutz der Natur, und die Stärkung der Frauenrechte.

Unser Programm für die Parlamentswahlen bezieht sich auf unser Land, aber es ist mit all jenen Bewegungen und politischen Kräften verbunden, die gegen Ausbeutung und Zerstörung von Leben, Rechten und Demokratie, in einem Wort gegen den Kapitalismus kämpfen, der heute das Gesicht der Barbarei des Neoliberalismus zeigt. Jene Bewegungen, die in Europa und auf der Welt die echte Neuigkeit sind, weil sie klar feststellen, dass eine Alternative zu den Politiken der letzten drei Jahrzehnte konstruiert werden muss und den Gegner genauso klar identifizieren.

Wir sind Frauen und Männer, die die rassistische und sexistische Unterdrückung, die Klassenunterdrückung, den Krieg und die Verwüstung von Natur und Leben ablehnen und bekämpfen. Wir sind demokratische und antifaschistische, kommunistische und sozialistische, feministische und umweltschützende Menschen und Organisationen.

Wir haben unterschiedliche Wege hinter uns, wollen aber einen gemeinsamen Weg mit denen gehen, die sich nicht mit Ungerechtigkeit, Ausbeutung, überwältigender Unterdrückung abfinden und die etwas verändern wollen. Wir sind Rebellen, wir wollen unsere Gegenwart und unsere Zukunft zurück.

1 – VERTEIDIGUNG UND STÄRKUNG DER VERFASSUNG DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, DIE AUS DEM WIDERSTAND GEGEN DEN FASCHISMUS UND NATIONALSOZIALISMUS ENTSTANDEN IST

Die italienische Republik gründet auf die Arbeiter: das steht im ersten Artikel unserer Verfassung, die aus dem Befreiungskampf vom Nazi-Faschismus entstanden ist. Das Referendum am 4. Dezember 2016 hat den klaren Willen der italienischen Bevölkerung gezeigt, die Verfassung zu verteidigen. Wir wollen sie nicht nur verteidigen, sondern die Ideen vollständig umsetzen, die von den Widerstandskämpfern verfasst wurden, der Aufbau einer neuen, auf der Würde und den Rechten der Arbeiter aufgebauten Gesellschaft, die Abschaffung aller Diskriminierungen, das Prinzip der substantiellen Gleichheit, die sozialen Rechte, der Schutz des ökologischen und kulturellen Erbes, und die Ächtung des Krieges.

Deshalb kämpfen wir für:

- die Zurückgewinnung der Zentralität und Würde der Arbeitenden;
- die Überwindung jeglicher Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache, Religion oder sexueller Orientierung; die Abschaffung jeglicher Hindernisse wirtschaftlicher und sozialer Art, die die Gleichheit einschränken;
- die Streichung des Hinweises auf die Lateranverträge im Artikel 7, um das Prinzip des säkularen Staates in allen Bereichen des öffentlichen Lebens uneingeschränkt zu bekräftigen;
- die Förderung und Unterstützung der Kultur und der wissenschaftlichen Forschung, sowie den Schutz des ökologischen und kulturellen Erbes;
- die uneingeschränkte Ablehnung des Krieges und die drastische Reduktion der Militärausgaben;
- die Streichung des vor kurzem im Artikel 81 zugefügten, verbindlichen Ausgleichs des Bundeshaushalts, der das Leben und die Würde der Arbeitenden im Namen des Haushaltsgleichgewichts und der europäischen Parameter opfert;
- die Wiederherstellung des Titels V der Verfassung vor der Reform von 2001;
- die Ablehnung von CETA, TISA, TTIP und allen absurden, internationalen Verträgen, die im Namen des Vorrangs

- des Profits jeden Anschein von populärer und demokratischer Souveränität aufheben wollen;
- die Wiedereinführung eines echten Verhältniswahlsystems bei den Parlamentswahlen und gegen jedes Mehrheitswahlrecht und jegliche Stärkung der Exekutivgewalt;
- die Bekämpfung und Auflösung der faschistischen Organisationen, den Entzug ihrer Besitzungen und deren Verwendung für soziale Zwecke, so wie es bereits für die Mafia geschieht.

2 – EUROPÄISCHE UNION

In den letzten 25 und mehr Jahren hat die Europäische Union mehr und mehr eine entscheidende Rolle in unserem Leben eingenommen. Von Maastricht bis Schengen, vom Bologna-Prozess über den Vertrag von Lissabon bis hin zum Europäischen Fiscal Compact: Durch die Beachtung der EU-Verträge werden die schlimmsten Politiken gegen die Arbeitenden gerechtfertigt.

Die Reichen, die Herren der Großkonzerne und der Banken, die herrschenden Klassen des Kontinents profitieren von diesem „neuen“ Regierungsinstrument, das zusammen mit dem „alten“ Nationalstaat die Arbeitenden immer mehr verelendet und unterdrückt. Die Europäische Union ist also ein Instrument, mit dem die herrschenden Klassen die berüchtigten „strukturellen Reformen“ ohne jegliche demokratische Legitimierung durchsetzen können.

Der „europäische Traum“ der vielen, die an die Möglichkeit geglaubt haben, einen Raum des Friedens und des Fortschritts zu bilden, stieß mit der harten Realität einer Institution zusammen, die im Dienst von wenigen steht. Natürlich fühlen wir uns den anderen Völkern unseres Kontinents nahe. Unsere Geschichten sind seit jeher verflochten und verflechten sich heute weiter. Wir leiden alle unter Jahrzehnten neoliberaler Politik. Gemeinsam mit ihnen allen wollen wir den unterdrückten Klassen eine Protagonistenrolle im europäischen Raum zurückgeben.

Deshalb kämpfen wir für:

- den Bruch der Europäischen Union der Verträge;
- die Konstruktion eines anderen Europas, das auf Solidarität unter Arbeitenden und auf die sozialen Rechte gründet, das den Frieden und eine gemeinsame Politik unter den Völkern am Südrand des Mittelmeers fördert;
- die Ablehnung des besessenen Prinzips der Regierbarkeit, der Entmachtung des Parlaments, der Verstärkung der Exekutiven und der wiederholten Auferlegung von Maßnahmen mit der Begründung, es sei eine „Forderung von Europa“;
- das Recht der Bevölkerung, sich durch Volksabstimmungen über jede Entscheidung zu äußern, die über ihre Köpfe hinweg getroffen wurde oder wird, sei dies auf kommunaler, regionaler, nationaler oder europäischer Ebene.

3 – FRIEDE UND ABRÜSTUNG

Unsere Zeit ist durch die Gefahr gekennzeichnet, dass die rund um die Welt verteilten lokalen Kriege zu einem verheerenden Weltkonflikt werden. Es ist kein Zufall, dass der Rüstungswettlauf von der Regierung Trump besonders aggressiv wiederaufgenommen wird und von den NATO-Ländern Militärausgaben in der Höhe von 2% des eigenen Bruttoinlandsprodukts gefordert werden. Unser Land hat aufgrund der NATO-internen Automatismen und unter der vollen Mitverantwortung der Regierungen der letzten 30 Jahren immer öfter riskiert, in Angriffskriege hineingezogen zu werden. Wegen derselben NATO-Bindung wuchern alte und neue Militärbasen in Sizilien, in Kampanien und Sardinien, Atombomben werden in Ghedi und Aviano gelagert, die militärische Produktion, die entsprechenden Ausgaben und die Einsätze im Ausland steigen im Rahmen der NATO und der geplanten EU-Armee: durchschnittlich werden 800 Millionen Euro pro Jahr für militärische Einsätze im Ausland und für Aufrüstung, 500 Millionen Euro jährlich für Lohnkosten und 80 Million Euro pro Tag für allgemeine Verteidigungskosten ausgegeben.

Die Kündigung der Militärverträge ist die Grundbedingung, um die Teilnahme unseres Landes an den imperialistischen Kriegen des 21. Jahrhunderts zu verhindern, die Militärausgaben drastisch zu senken, die Atomwaffen und die Militärbasen stillzulegen, und eine Politik der Abrüstung, der Neutralität und der Kooperation zu entwickeln.

Deshalb kämpfen wir für:

- die Kündigung der NATO- und aller anderen Militärverträge;
- die Ratifizierung des UNO-Atomwaffenverbots vom 7. Juli 2017 im Einklang mit Artikel 11 der italienischen Verfassung;
- den Rückzug der italienischen Militäreinsätze im Ausland;
- die Abschaffung des F35-Programmes, der anderen Militärprogramme und die Produktionsumstellung der Rüstungsindustrie;
- die Abschaffung des Militärsatellitensystem MUOS in Sizilien, die Stilllegung der Militärbasen auf dem ganzen Land, die Beseitigung der Atomwaffen, die Konversion der militärischen Gelände auf zivile Nutzung, insbesondere in schwierigen Zuständen wie in Sardinien.

4 – RECHTE DER ARBEITENDEN, RECHT AUF ARBEIT

Uns wird jeden Tag gesagt, dass die Krise „vorbei“ sei, die Beschäftigung wieder steige und all dies aufgrund der strukturellen Reformen und insbesondere des „Jobs Act“ möglich gewesen sei. Das ist komplett falsch. Die Summe aller gearbeiteten Stunden zeigt, dass im Vergleich mit Zeiten vor der Krise immer noch eine Million Stellen fehlen, zugenommen hat nur die Zahl der prekären Arbeitsverträge, der unfreiwilligen Teilzeitjobs und der Unterbeschäftigung. Die Wirtschaftspolitik der Regierungen Renzi und Gentiloni haben nichts anders geschafft, als Finanzierungen an Unternehmer zu schenken – mehr als 40 Milliarden in den letzten drei Jahren; der Weg wurde für den Abbau des Kündigungsschutzes, der Dequalifizierung, der Videoüberwachung und für die Massenprekarisierung geebnet; diese Situation betrifft sowohl unselbständig wie auch selbständig Arbeitende, die jedoch Abhängigkeitsverhältnisse, Hungerlöhne und fehlende Rechte verschleiern.

Diese Tendenz ist nicht erst in den letzten Jahren entstanden. Vom „Treu“-Gesetz bis zum Gesetz 30, vom „Collegato Lavoro“ bis zum Artikel 8, Prekarisierung und Arbeitsrechtsverlust sind zur Regel geworden, und der Reichtum wurde von der Arbeit zum Kapital und zur Rendite verlagert. Frauen sind von geringem Lohn und prekärer Arbeit stärker betroffen. Auch Jugendliche werden intensiver ausgenutzt, einschließlich unbezahlter Arbeit (unbezahltes Praktikum und Schülerjobs). Die Massenauswanderung steigt: es geht nicht nur um den Brain-Drain, es handelt sich um einen Exodus tausender Menschen – eine Zahl, die der der Einwanderer übersteigt – auf der Suche nach Arbeit und Lohn, die bei uns nicht mehr zu finden sind.

Auf der Arbeit stirbt man noch, insbesondere nach der Deregulierung des Arbeiterschutzes gegen Unfälle und Berufskrankheiten. Die Demokratie am Arbeitsplatz und das Streikrecht sind jeden Tag gefährdet.

Deshalb kämpfen wir für:

- die Abschaffung des „Jobs Act“, der Arbeitsrechtsreform „Fornero“ und aller Gesetze, die eine feste und sichere Arbeit vorenthalten;
- die Abschaffung der prekären Formen der Arbeit, von befristeten Verträgen, die ungerechtfertigte Kündigungen erlauben, bis zu den Jobs, die mit Gutscheinen bezahlt werden;
- ein Verbot unbezahlter Arbeit;
- Maßnahmen gegen illegale Anwerbung von Landarbeitern („caporalato“), gegen neue Formen der Sklaverei, und gegen Schwarz- und „Grau“-Arbeit;
- die Abschaffung des Artikels 8 des Gesetzes 148/2011, die den Unternehmern erlaubt, von den Tarifvereinbarungen abzuweichen und das sogenannte „Collegato Lavoro“ ermöglicht;
- die Abschaffung der Berufskammern, die Einführung eines gerechten und einklagbaren Ausgleichs für Selbstständige und einer Ausweitung der Arbeitslosenhilfe auf Selbstständige;
- die Wiederherstellung des Artikels 18 (Schutz gegen rechtswidrige Kündigungen mit dem Wiederanstellungsrecht) und seine Erweiterung auf Unternehmen mit weniger als fünfzehn Angestellte;
- die Wiederherstellung des automatischen Teuerungsausgleichs;
- das Ende der Geschlechtsdiskriminierung und der Lohnunterschiede;
- wirksame Maßnahmen für den Arbeitsschutz;
- eine effektive Förderung der Arbeitsinspektionen;
- den Schutz und die Wiederherstellung eines konkreten Streikrechts durch die Änderung des Gesetzes 146/90;
- ein Gesetz für die Demokratie an den Arbeitsplätzen, die allen erlaubt, ihre Gewerkschaftsvertreter frei zu bestimmen: alle müssen wählen und gewählt werden können, ohne die Vereinbarungen unterzeichnen zu müssen;

- Um die Auswanderungen der Jugendlichen einzudämmen und ein universales Recht auf Arbeit wieder einzuführen, ist ein Plan für die Arbeit notwendig, der zentriert ist auf:
 - die Reduzierung der Arbeitszeiten auf eine 32 Stundenwoche, die insbesondere wegen der fortschreitenden Produktionsautomatisierung nötig ist;
 - staatliche Investitionen in Industriepolitik und in umweltgerechte Produktionsumstellungen;
 - die Einstellung von Mitarbeitern in staatlichen Ämtern und im öffentlichen Diensten, um die Sozialleistungen zu verstärken und zu verbessern (die Anzahl der italienischen Beamten pro Einwohner ist die niedrigste in Europa: 5,2%, gegenüber 8,5% in Frankreich, 7,9% in Großbritannien, 6,4% in Spanien und 5,7% in Deutschland);
 - die Reduzierung der Lebensarbeitszeit durch die Abschaffung des „Fornero“-Gesetzes (Erhöhung des Rentenalters und somit der Lebensarbeitszeit).

5 – ALTERSVORSORGE

Die Arbeit wurden in den letzten Jahren systematisch angegriffen. Der Angriff zielte auf die Arbeitenden, auf diejenigen, die ein Leben lang gearbeitet haben und denen eine sichere und würdige Rente geraubt wurde und gegen Arbeitslose. Die aufeinanderfolgenden Renten-“Reformen“, von Dini über Maroni, bis zur Fornero, haben die Renten deutlich reduziert und das Rentenalter stets erhöht. Die Folgen der letzten Rentenreform (legge Fornero) waren dramatisch: die Arbeitenden müssen bis ins hohe Alter schuften; auf die Frauen drückt die ungerechte Last der doppelten Arbeit, am Arbeitsplatz und in der Familie; die junge Generation stößt bei der Arbeitssuche auf Hürden, weil die vorherigen Generationen länger arbeiten müssen. In den letzten drei Jahren ist die Zahl der Beschäftigten über 50 Jahre um eine Million und gleichzeitig die Zahl der befristeten Arbeitsverträge um 500'000 gestiegen. Die Rentenreformen wurden mit dem Gespenst der Unhaltbarkeit des Rentensystems begründet. Dagegen ist der Unterschied zwischen eingezahlten Beiträgen und ausgezahlten Renten, nach Abzug von Krankenversicherung und Steuern, seit 1996 positiv, da die Angestellten wesentlich mehr einzahlen als sie dann zurückbekommen.

Deswegen kämpfen wir für:

- die Abschaffung der “Reform” Fornero;
- eine würdige, dem letzten Gehalt proportionale Rente;
- das Recht für alle mit 60 Lebensjahren oder 35 Beitragsjahren in Rente zu gehen;
- eine Angleichung der sozialen Renten an die realen Lebenskosten;
- die Einführung einer Minimalrente mit 15 Beitragsjahren inklusive Bildungsjahren, um ein Elend von nicht kontinuierlich Arbeitenden im Rentenalter zu verhindern;
- die Einführung einer Pauschal-Obergrenze für zukünftige Renten von 5000 Euro brutto;
- die Auflösung von privaten Rentenversicherungen und deren Integration in die staatliche Rentenversicherung INPS;
- die Trennung von Rentenversorgung und Krankenversicherung.

6 – WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK, UMVERTEILUNG DES REICHTUMS

Der Artikel 3 der Italienischen Verfassung lässt sich in keiner Weise mit den ruchlosen ökonomischen und finanzpolitischen Entscheidungen vereinbaren, die in den letzten 30 Jahren von Regierungen aller Tendenzen getroffen wurden. Wir bestehen darauf, dass die in unsere Verfassung eingefügte Pflicht zum Haushaltsgleichgewicht abgeschafft werden muss und dass wir Ungehorsam gegen den Europäischen Fiscal Compact leisten wollen. Wir halten ferner eine Umverteilung des Reichtums von den Renditen und den Kapitaleinkommen zum Einkommen aus Arbeit (Lohn) für dringend notwendig. Gegen Massenarbeitslosigkeit, Prekarität und Armut fordern wir eine erneute öffentliche, demokratische Kontrolle über die Wirtschaft. Wir wollen die Steuerhinterziehung effektiv bekämpfen, die jährlich über 110 Milliarden den Löhnen und den Sozialausgaben entzieht, und den Reichtum umverteilen von denjenigen, die immer mehr haben, zu denjenigen, die immer weniger bekommen.

Deshalb kämpfen wir für:

- eine Steuer auf große Vermögen, denn das reichste 1% der italienischen Bevölkerung besitzt 25% des

- nationalen Reichtums, d.h. 415-mal so viel wie das ärmste 20% der Bevölkerung;
- die Wiedereinführung eines progressiven Steuersatzes, wie er von Artikel 53 unserer Verfassung vorgeschrieben ist, durch Steuersenkung für die niedrigen Einkommen und Steuererhöhung für die hohen: als die Ertragssteuer (Irpaf) eingeführt wurde, sah sie 32 Steuerklassen vor, wobei der niedrigste Steuersatz bei 10% lag, und der höchste 72% erreichte. Heute gibt es nur 5 Steuerklassen, von 23% bis 43%;
- einen ernsthaften Kampf gegen den Steuerbetrug, und zwar in erster Linie gegen den der großen multinationalen Konzerne (Google, Amazon, Apple, usw.);
- das Ende der nach dem Gießkannenprinzip gewährten Unternehmenssubventionen und der ständigen Herabsetzung der Gewinnsteuer;
- die Eintreibung der verborgenen Kapitalien und Renditen;
- eine Politik, die den Verbindungen zwischen italienischen Unternehmen und den sogenannten Steuerparadiesen entgegenwirkt;
- das Ende der Privatisierungen und der Externalisierungen, sowie des Ausverkaufs unseres Manufakturereichtums; die Wiederverstaatlichung der strategischen Industrien und Infrastrukturen, die in den vergangenen Jahren privatisiert wurden;
- die Festsetzung einer Obergrenze für Gehalt und Abfindungen der großen Manager;
- die Verstaatlichung der Banca d'Italia (italienische Zentralbank) und den Aufbau eines öffentlichen Finanzzentrums auf der Basis der Wiederverstaatlichung von der CDP (Cassa depositi e prestiti), welche bei Vorhaben von öffentlichem Interesse die Lokalverwaltungen unterstützen soll, sowie die Verstaatlichung der wichtigsten Banken;
- die Wiedereinführung der Trennung zwischen Sparkassen und Handelsbanken;
- die Einrichtung einer Kommission für das Staatsschulden-Audit mit dem Ziel, diese neu zu verhandeln und umzustrukturieren zuungunsten des großen spekulativen Kapitals, und für eine internationale Konferenz zur Staatsverschuldung. Die Höhe der italienischen Staatsverschuldung liegt nicht an einem "zu hohen Lebensstandard" vergangener Zeiten. Die Differenz zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben liegt nach Abzug der Zinsen seit ca. 25 Jahren im Plus (mit 672 Milliarden von 1980 bis 2012); wir haben uns aber weiter verschuldet, um dem privaten Finanzsektor 2.230 Milliarden Wucherzinsen bezahlen zu können.

7 - SCHULE, UNIVERSITÄT, FORSCHUNG

Die Schulen, die Universitäten und die Forschung sind von den neoliberalen Mittelkürzungen massakriert worden. Mittelkürzungen und Begrenzung der Freiheit von Bildung und Forschung, Prekarisierung der Arbeit und Gehalterhöhungsstopp sind seit Jahrzehnten die Regel. Für uns ist das Bildungssystem eine Säule der Demokratie, weshalb wir ein qualitätsgarantierendes, öffentliches Schulsystem fordern, das ein kritisches Wissen fördert und sich nicht auf die einfachen, von den Arbeitsmarktbedingungen abhängigen, funktionalen Kompetenzen beschränkt, ein kostenloses Schulsystem bis zu den höchsten Abschlüssen, weltlich und allen zugänglich; wir wollen eine öffentliche, frei zugängliche Universität, die das Recht auf Bildung auch denen wirklich garantiert, die es sich anders nicht leisten könnten. Wir wollen eine Forschung, die sich frei von Interessen und ökonomischem Druck autonom entfalten kann und mit öffentlichen Förderungsmitteln im Sinne der Kollektivität wirken kann. In diesem Sinne, folgen wir der LIP „Per la Scuola della Costituzione“ (www.lipscuola.it) als Basis für ein umgehendes Projekt, das eine Diskontinuität mit der Bildungspolitik der letzten 30 Jahre darstellt und dem kollektiven und pluralen Subjekt, welches die Bildung gegründet und dessen Kurs charakterisiert hat, eine volle Autonomie garantiert.

Deswegen kämpfen wir für:

- die Abschaffung des Gesetzes 107/15 und allen anderen Bildungsreformen, die die Schule, die Universität und die Forschung verarmt, und sie den Wünschen der Industrie unterstellt hat;
- die vollständige Deckung der erforderlichen Plätze in öffentlichen Kinderhorten und Grundschulen;
- die Wiedereinführung der Kollegialität und der demokratischen Ordnung in den Schulen durch die Abschaffung der Rolle des "Direktor-Managers";
- die Einführung einer Obergrenze von 20 Schülern pro Klasse und die Generalisierung der Vollzeit in Grund- und Unterstufen;
- die Erhöhung der Schulpflicht auf 18 Jahre;
- die Abschaffung der alternanza scuola-lavoro;
- die Abschaffung der PISA-Studien;

- den Schutz der öffentlichen Schulen und die Abschaffung jeglicher öffentlichen Finanzierung von Privatschulen;
- eine ernsthafte Gehaltsangleichung des Lehr- und Hilfspersonals aller Schulen, die feste Einstellung aller prekären Mitarbeitenden mit einem Dienstalder von mindestens 36 Monaten und die Abschaffung jeglicher Form von zukünftigen, prekären Verträgen;
- die Unentgeltlichkeit des Studiums an staatlichen Universitäten; die Pflicht der Bezahlung von Doktorstudium und jeder Art der Zusammenarbeit mit den Fakultäten;
- die Abschaffung der Instituts-Beurteilungen ANVUR;
- die Erhöhung des in Bildung investierten Anteils des Bruttoinlandsprodukts, die Potenzierung der Institutsmittel, die Erhöhung der Universitätsmittel basierend auf der Zahl der eingeschriebenen Studenten anstelle von Belohnungskriterien;
- eine ernsthafte Bildungspolitik, die die Forschung unterstützt, den freien Zugang zu Lehrmitteln und das Recht auf Studium bis zu den höchsten Abschlüssen in gleicher Weise in allen Gebieten Italiens garantiert;
- einen außergewöhnlichen Plan für die Entwicklung der schulischen Infrastruktur, mit besonderem Blick auf erdbebensichere Gebäude.

8 - KULTUR, KOMMUNIKATION UND INFORMATION

Die Politik der letzten Regierungen hat die Kulturinvestitionen auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts gesenkt. Gesetze wurden erlassen, die die Kultur zur Ware gemacht haben. Die Politik wurde fortgesetzt mit Hilfe von "Events", "einmaligen Mittelzuweisungen" und "Bonus". Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten wurden unter die direkte Kontrolle der Regierung gebracht; den unabhängigen, genossenschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Publikationen wurden die öffentlichen Mittel gestrichen. Unserer Meinung nach sind Kultur und Presse ein öffentliches Gut, ein Erbgut aller, das nicht privatisiert und kommerzialisiert werden darf. Sie sind unveräußerliche Grundrechte. Nur ein staatlicher Eingriff alleine kann einen realen Pluralismus und eine reelle Unabhängigkeit von jeder Logik des freien Marktes in der Produktion und im Angebot von Kultur und Nachrichten garantieren. Heutzutage muss man die Ungleichheit auch auf diesem Gebiet messen: zwischen denen die besitzen und denen die nichts besitzen, nicht nur im rein materiellen Sinn, sondern auch im Sinn des Wissens.

Deshalb kämpfen wir für:

- die Anhebung der Investitionen in Kultur auf mindestens 1% des Bruttoinlandsproduktes;
- Gesetze, die sichere und öffentliche Finanzierungen für unabhängige Produktionen und Vertriebe, für kulturelle Verbände und Kulturstätten garantieren;
- Reformen aller öffentlichen Kulturinstitutionen, deren Verwaltung den sozialen, kulturellen und beruflichen Kräften des Sektors anvertraut werden muss;
- den Aufbau eines Netzes öffentlicher und lokal verwalteter Kulturstätten in jedem einzelnen Stadtteil: Örtlichkeiten für Treffen, Partizipation, Kulturkonsum, Produktion, Experimentierung und Ausbildung;
- die Garantie der Rechte aller Arbeitenden und den Stop der Prekarisierung im Kulturbereich, dessen Arbeitenden die Kontinuität des Lohnes und des Schutzes garantiert werden muss, wo der intermittierende Charakter des Arbeitsverhältnisses physiologisch ist: hinter jeder sichtbaren Arbeit versteckt sich unsichtbare Arbeit, die als solche entlohnt und geschützt werden muss;
- Gesetze zum öffentlichen Schutz, Erhaltung und Aufwertung des kulturellen und künstlerischen Erbgutes;
- einen außergewöhnlichen Plan für die Erhaltung unserer Landschaft und unseres historischen und künstlerischen Erbes, Bibliotheken und Archive;
- die Anerkennung aller Professionalitäten im Restaurierungsgewerbe und der Archäologie;
- neue Regeln zum Urheberrecht, die den Autoren eine Entgeltung zusammen mit dem Recht garantieren, die Integrität und den Zweck des eigenen Werkes zu bestimmen, gleichzeitig aber das Herunterladen und Teilen von kreativem Schaffen im Internet für den persönlichen Gebrauch erlauben: die derzeitigen Vorschriften sind unnötigerweise schädlich oder behindern sogar die Weiterentwicklung öffentlicher Dienstleistungen wie beispielsweise den Verleih von Bibliotheksmaterial in digitaler Form;
- den Schutz der Netzneutralität und eine öffentliche Kontrolle der Betriebe der „Big Data“, deren Inhaber und deren Nutzung;
- ein effektives Gesetz gegen Interessenkonflikte und Kartellrechte;
- eine Reform, die die zentrale Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Fernsehens bekräftigt und seine demokratische, pluralistische und dezentrale Verwaltung von unten gewährleistet;

- öffentliche Mittel für unabhängige Zeitungen, Genossenschaften, kulturelle und wissenschaftliche Publikationen.

9 – KAMPF GEGEN ARMUT, GESUNDHEIT, FÜRSORGE

Wir leben in einem verarmten und verärgerten Land, welches immer stärker von der Krise getroffen wird und aufgrund des systematischen Abbaus des Sozialstaates mit einer immer grösseren gesellschaftlichen Marginalisierung zu leben hat. 18 Millionen Menschen leben an der Armutsgrenze und riskieren den sozialen Ausschluss, diese Zahl ist in den letzten Jahren gestiegen; 12 Millionen Menschen verzichten aus finanziellen Gründen auf medizinische Leistungen. Besonders schlimm sind die Angriffe auf das öffentliche und für alle zugängliche Gesundheitssystem, welches als eines der besten gilt, weil es allen Menschen das Recht auf Gesundheit garantiert.

Der Anteil des Bruttoinlandsproduktes, welches für die öffentliche Gesundheit ausgegeben wird, liegt heute unterhalb der von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) angegebenen Minimalschwelle, und es sind gar weitere Einschnitte vorgesehen. Die Folgen liegen auf der Hand: Die Fürsorgequalität ist im freien Fall, die Wartelisten werden immer länger, die sozialen Ungleichheiten bezüglich des Zugangs zu Gesundheitsleistungen werden grösser. Die Einführung betriebsbezogener Sozialleistungen verschlimmern diese Tendenzen, denn es handelt sich um Leistungen, die mit dem universalen Recht auf Gesundheit brechen und sie an den Arbeitsvertrag binden. Sozialleistungen wie Kinderkrippen und Einrichtungen für ältere Menschen sind völlig unzureichend. Menschen mit Behinderungen und sozial geschwächte Menschen werden immer öfter ihrem eigenen oder dem familiären Schicksal überlassen, ohne jegliche finanzielle und materielle Unterstützung der Öffentlichkeit und ohne jegliche ernsthafte soziale Eingliederungsprogramme. Wir glauben hingegen, dass alle – unabhängig von ihrer Lebenssituation – ein Recht auf Gesundheit, Fürsorge, auf ein unabhängiges und freies Leben ganz nach ihren Bedürfnissen haben.

Darum kämpfen wir für:

- die Einführung eines minimalen Grundeinkommens für erwerbslose und prekäre Menschen und gegen soziale Exklusion und Prekarität: Ein auf die Person zugeschnittenes Einkommen, welches erlaubt, die relative Armutsgrenze zu überwinden, bis diese Notlage überwunden wird;
- die Garantie der minimalen Fürsorgeleistungen, die vom nationalen Gesundheitssystem vorgesehen sind und ihre Gleichartigkeit im ganzen Land;
- die Abschaffung der Praxisgebühren auf Gesundheitsleistungen;
- eine radikale Kürzung der Wartezeiten, auch durch die Änderung der Regeln für private Leistungen innerhalb öffentlicher Krankenhäuser;
- ein neues Anstellungsprogramm für Arbeitende im Gesundheits- und im sozialen Sektor, welches die Prekarität abschafft und unmittelbar den Ersatz des in Ruhestand ausscheidenden Personals entspermt;
- den Ausstieg aus dem Fürsorgebusiness im Gesundheitssystem;
- den Ausbau der bestehenden Gesundheitsleistungen durch die Unterbrechung der vorgesehenen Abbau- und Schliessungsprozesse von Krankenhäusern und durch die Entwicklung eines kapillaren Netzes von basisnahen Gesundheits- und sozialen Zentren;
- die Festlegung eines nationalen Planes für betreuungsbedürftige Menschen, welches auf die integrierte häusliche Betreuung zielt;
- die Verwirklichung der Inklusionspläne für alle Personen mit Behinderungen und für alle fragilen Menschen in den Schulen, am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft, für das Recht auf ein erfülltes Leben durch die Abschaffung der letzten Massnahmen, die in die Gegenrichtung gehen.

10 – RECHT AUF STADT UND ÖFFENTLICHE MOBILITÄT

Wohnungen, Städte und soziale Dienstleistungen werden immer zentraler für die Jagd nach Profit der Unternehmen, die im Kontext der zehnjährigen Wirtschaftskrise trotz regelrechtem Diebstahl öffentlicher Gelder und die Erhöhung der Ausbeutung „nicht genug verdienten“.

Trotz einer der größten Eigenwohnungsquote Europas, verlieren immer mehr Menschen in Italien ihre Wohnungen, sie werden zwangsgeräumt und müssen unbezahlbare Mieten bezahlen oder werden sdann zur Besetzung von freistehenden Wohnungen gezwungen, was sie jedoch zu einem unsicheren und illegalen Zustand verdammt.

Die Städte entwickeln sich zu Orten, die nicht nach den Bedürfnissen der Menschen entwickelt werden, der öffentliche Verkehr wird privatisiert, die öffentliche Gesundheit verschlechtert und die öffentlichen Dienste teurer.

Die historischen Stadtzentren werden in Schaufenster verwandelt, Arme und Unerwünschte werden verjagt und vertrieben, die Vorstädte zerstört und in von der organisierten Kriminalität verwalteten Ghettos verwandelt. Die fundamentalen sozialen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger werden zur Beute der Profitsuchenden: Wasser, Strom und Gas werden immer teurer und sind nicht mehr gewährleistet, der öffentliche Verkehr erfüllt nicht mehr die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen, sondern wird nach dem Profitbedürfnis der grossen Unternehmen organisiert. Wir denken hingegen, dass das Recht auf die Stadt und auf eine öffentliche Mobilität Grundrechte sind.

Darum kämpfen wir für:

- ein einmaliges Massnahmenpaket für die Zurverfügungstellung von einer Million Sozialwohnungen innerhalb von 10 Jahren, und dies durch die Umnutzung vorhandener Immobilien;
- die Einführung einer progressiven Steuer auf leerstehende Immobilien, die Abschaffung der einheitlichen Immobiliensteuer „cedolare secca“, welche die Steuerflucht ermöglicht, und die Möglichkeit für Bürgermeister, leerstehende Gebäude in Situationen der Wohnungsnot umzunutzen;
- die Einführung einer öffentlichen Kontrolle der Mietzinsentwicklung, die im Zusammenhang mit dem Katasterertrag steht;
- die Abschaffung des Artikels 5 des „Lupi“-Gesetzes, welches das Recht auf einen Anschluss an das Wasser-, Elektrizitäts- und Gasnetz für Besetzende verweigert;
- die Tarifkontrolle fundamentaler öffentlicher Leistungen, die für alle gewährleistet sein müssen, insbesondere für Menschen mit sozioökonomischen Schwierigkeiten;
- ein Moratorium für unverschuldete Mietzahlungsrückstände;
- ein Sanierungsprogramm für die Stadtperipherien, in denen 14 Millionen Menschen leben;
- Ein verstärktes, für alle bezahlbares, öffentlich verwaltetes und lokal-orientiertes öffentliches Transportsystem, welches den Privatisierungstendenzen entgegenwirkt und den besonderen Bedürfnissen der Pendlerinnen und Pendler gerecht wird.

11 – EINWANDERUNG UND AUFNAHMESYSTEM

Die wichtigsten politischen Parteien verstärken fremdenfeindliche und rassistische Tendenzen, indem sie Migrantinnen und Migranten als Hauptgrund sozialen Unbehagens definieren. Dies ist jedoch totaler Unfug. Denn es ist die Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen von Wenigen, welche die Verarmung Vieler verursacht, es ist nicht die Schuld derjenigen, die aufgrund von Kriegen, der wirtschaftlichen Situation oder von Umweltkatastrophen fliehen müssen.

Es ist notwendig, einen Diskurs in Gang zu setzen, der die Solidarität und die Verbindung zwischen den Ausgebeuteten und die Ausweitung sozialer Rechte für alle – also für ItalienerInnen und MigrantInnen – in den Mittelpunkt stellt. Die Aufnahme und soziale Rechte müssen sowohl für Asylsuchende gelten, die seit 2011 vermehrt nach Italien kommen, als auch für diejenigen MigrantInnen, die seit Jahren in Italien leben.

Darum kämpfen wir für:

- die Überwindung des Systems der militarisierten Notunterkünfte und die Verallgemeinerung des SPRAR-Systems ("Sistema Protezione Richiedenti Asilo e Rifugiati", Aufnahme und Schutz der Asylsuchenden), d.h. die Verallgemeinerung von kleinen Zentren, die von der Öffentlichkeit verwaltet werden und selbständige Wege der Integration bezüglich Unterbringung, Soziales und Arbeit fördert, unabhängig vom Rechtsstatus der betroffenen Personen;
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Sektor der Aufnahme von MigrantInnen, da heute in erster Linie prekäre Ausbeutungsverträge gelten;
- die Abschaffung der Dublin-III-Verordnung, der Minniti-Orlando-Gesetze und aller davor erlassenen rassistischen Gesetze;
- die Aufhebung der bilateralen Abkommen, welche Zwangsrückführung ermöglichen, und die Aufhebung der Abkommen, welche der Externalisierung der Grenzen dienen; wir kämpfen für die Einführung legaler und geschützter Zugangswege nach Europa;
- die Aufhebung des testo unico (Sammlung von Rechtsnormen, die ein bestimmtes Rechtsgebiet regeln) in Bezug auf die Einwanderung (Bossi-Fini), das ein Ergebnis der Gesetzesänderungen von Turco-Napolitano ist;
- der Bruch der notwendigen Verbindung zwischen Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitsvertrag, die Abschaffung aller Formen der Verwaltungshaft, die Übertragung von Zuständigkeiten an die Gemeinden für

- den Erlass und die Erneuerung von Aufenthaltsgenehmigungen, permanente Regularisierungsmechanismen;
- die Genehmigung des ius soli und die Erweiterung der Staatsbürgerschaft auf all diejenigen, die in Italien groß geworden sind;
- eine umfassende Überprüfung des Staatsbürgerschaftsrechts; das Wahlrecht bei den Verwaltungswahlen für diejenigen, die dauerhaft in unserem Land leben.

12 – SELBSTBESTIMMUNG UND KAMPF GEGEN GEWALT AN FRAUEN UND LGBTQI MENSCHEN

Im Gender Gap Report 2017 – d.h. im Bericht über Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen – liegt Italien heute an 82. Stelle von 144, im Jahr 2015 stand Italien noch an 50. Stelle. Die Ungleichheiten verschärfen sich also. Sowohl die produktive, wie auch die reproduktive Arbeit ist traditionell den Frauen zugeschrieben, Hierarchien innerhalb der Arbeit, die männliche Dominanz des öffentlichen Raums, die materielle und symbolische Gewalt, die die Selbstbestimmung und die Freiheit einschränken.

Die Krise hat die Probleme verschärft. Italien ist das zweitletzte Land in Europa für Erwerbstätigkeit für Frauen, Frauen arbeiten oft unfreiwillig Teilzeit (mehr als doppelt so viel wie Männer) und sind öfter der Prekarität und der Unterbeschäftigung ausgesetzt. Die Kürzungen des Sozialstaates in einer Gesellschaft, die die Trennung von männlichen und weiblichen Rollen nicht in Frage stellt, führen zur Ablehnung des "Rechtes auf Zeit" bei Frauen, die im Durchschnitt mehr als 5 Stunden täglich der häuslichen und pflegerischen Arbeit widmen, das heißt dreimal so viel als Männer.

Täglich wird Gewalt an Frauen ausgeübt. Zu Hause wird sie am häufigsten ausgeübt und sie dient der Aufrechterhaltung einer männlichen Herrschaft, die sich nicht mit der Stärkung der Autonomie und Freiheit der Frauen arrangieren kann. Das Geschlechterproblem ist eng mit der Klassenfrage verknüpft und betrifft insbesondere die Körper von Migrantinnen.

Die Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft sowie die Gewalt betreffen auch Schwule, Lesben, Transsexuelle und das gesamte LGBTQI-Universum, das täglich gegen Vorurteile, Hass, Homophobie und Transphobie kämpft. Die nicht vollständige Anerkennung der Beziehungen und Familien von LGBTQI-Personen bedeutet, ihr Leben auf ein individuelles und isoliertes Leben zu reduzieren und eine autoritäre Familienidee zu bekräftigen, die die Freiheit von uns allen gefährdet.

Heute reagiert eine weltweite feministische Bewegung auf die systemische Gewalt: „Non una di meno“ („Nicht Eine weniger“) ist die politische Kraft, welche die Befreiung von der Herrschaft von Klasse, Geschlecht, Rasse und sexueller Orientierung fordert. Der feministische Kampf, der in Argentinien begann, brachte Hunderttausende Frauen auf die Straße gegen Gewalt in all ihren Formen.

Der Streik sowohl der produktiven wie auch der reproduktiven Arbeiterinnen am letzten 8. März hat die zahlreichen unsichtbaren Ausbeutungsformen ans Tageslicht gebracht: in der Pflege, zu Hause, überall müssen Frauen ständig zur Verfügung stehen und Leistung erbringen. Auch in Italien hat die feministische Bewegung mit Autonomie und Intelligenz gezeigt, dass sie fähig ist, zu kämpfen, Analysen zu produzieren und politische Vorschläge auszuarbeiten.

Darum kämpfen wir für:

- gleiche Rechte, gleiche Löhne, für den Zugang zur Arbeitswelt auf allen Ebenen und für alle Tätigkeiten, unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung;
- die radikale Infragestellung der männlichen und weiblichen Rollen in der sozialen Reproduktion und für einen Sozialstaat, der für alle die Lebenszeit befreit;
- das Ende des monosexuellen Charakters der Politik und des öffentlichen Raumes;
- Lösungen, die jegliche Form von Gewalt (körperliche, aber auch soziale, kulturelle, normative Gewalt) und die Diskriminierung von Frauen und LGBTI-Personen (durch ein Gesetz gegen die Homo- und Transphobie) verhindern;
- eine Bildung, welche Instrumente zur Dekonstruktion des Sexismus und zur Anerkennung der Vielfalt der Unterschiede bietet;
- die volle und echte Wahlfreiheit in Bezug auf unser Leben und unsere Körper, das volle Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit, das in vielen öffentlichen Strukturen durch die Anwesenheit von Ärzten bestritten wird, die diese Rechte negieren. Der Zugang zur assistierten Befruchtung, auch heterolog, muss für alle gewährleistet sein, unabhängig von der Familiensituation. Die Verbreitung von HIV muss durch die Förderung der Verhütung und durch die Zurverfügungstellung von allen neuen Präventionstechniken bekämpft werden. Genitalverstümmelungen bei intersexuellen Kindern müssen verboten werden, bevor sie ihre

- Geschlechtsidentität verstehen und entwickeln;
- die Abschaffung von jeglichen Sicherheitsmassnahmen. Die Sicherheit von Frauen kann nur durch ihre Selbstbestimmung garantiert werden;
- die Rechte und die Hoffnungen von Schwulen, Lesben und Transsexuellen, sowohl als Individuen als auch in ihrem Leben als Paar, mit der faktischen Anerkennung der egalitären Ehe, die volle Anerkennung von Regenbogenfamilien zum Schutz von Eltern, Kindern und Familien und mit der Neudefinition der Adoptionskriterien, auch für Singles und Homosexuelle, so dass der Wunsch nach Mutterschaft und Vaterschaft für alle anerkannt wird.

13 – UMWELT

Im Zentrum von Tausenden von Debatten im ganzen Land steht das Umweltproblem. Dieses wird durch ein räuberisches kapitalistisches Modell verstärkt, das immer tiefere Risse in der Beziehung zwischen Menschen, anderen Tierarten und dem Rest der Natur hervorruft und enorme Probleme aufwirft, die die ganze Welt und die zukünftigen Generationen immer schwieriger werden lösen können.

Die Umweltzerstörung ist auch eine Klassenfrage, da die Unterdrückten und Ausgegrenzten weit mehr betroffen sind als die Reichen und Privilegierten. Ein ganzer Kontinent, der afrikanische, rechnet nicht nur mit Kriegen, sondern auch mit Dürre, Wüstenbildung und Umweltverschmutzung, während die Staaten der ersten Welt weiterhin Ressourcen verschwenden. Die dominierenden Länder sind aber nicht mehr in der Lage, die Schäden weltweit zu begrenzen: Umweltverschmutzung, Klimawandel, Wasserkrise und Großbrände treffen uns immer härter und verlangen dringend ein radikales Umdenken und ein verändertes Produktions- und Konsummodell.

Seit Jahren kämpfen wir in unserem Land gegen die ständige Zerstörung der Landschaften im Namen des Profits (man denke an Großbauprojekte wie die Zug-Hochgeschwindigkeitsstrecken TAV, das TAP-Projekt für die Gaspipeline im Süden Italiens, Ölbohrungen, die wilden Windkraftanlagen, Altlasten, Zementierung...). Es gibt keine wirkliche „grüne Wirtschaft“, wenn die Logik des Profits nicht in Frage gestellt wird. Wir brauchen eine nationale und internationale demokratische Planung, die sich auf den Umweltschutz und die Beseitigung von Schäden durch den Missbrauch von Ressourcen konzentriert. Auch in diesem Bereich hat die Vereinheitlichung der Mitte-links- und Mitte-rechts-Bündnisse eine Reihe von „Reformen“ durchgeführt, welche die bisherigen Leistungen untergraben haben und sofort abgeschafft werden sollten: Man denke zum Beispiel an die „Sblocca Italia“ und die Madia-Reform, welche die Rolle der Oberaufsicht abschafft, und auch an die Neutralisierung der Umweltverträglichkeitsprüfung, sowie an die Angriffe auf die Nationalparks, usw.

Darum kämpfen wir für:

- die Sicherheit und präventive Sicherung der Gebiete, den Schutz der Landschaft, des gemeinsamen Erbes und der historischen und architektonischen Schätze, die partizipative und transparente Planung und Verwaltung auf der Grundlage von gemeinsamem Zielen und Interessen als Alternative zum Business der Umweltnot und zur sogenannten Green Economy;
- den Stopp von den sogenannten "großen Werken", wie zum Beispiel von der TAV im Val di Susa, von der TAP in Salento, vom MOSE und wilden Windkraftanlagen, mit einer Neuausrichtung der Investitionen entsprechend eines großen Plans für die hydrogeologische und seismische Sicherheit des Landes;
- eine neue Energiepolitik, die mit der Berechnung des tatsächlichen Bedarfs und der radikalen Infragestellung der nationalen Energiestrategie beginnt, und die Ansprüche der NO-TRIV-Bewegungen und der Gremien gegen die wilde Windkraft sammelt, zusammen mit der Forderung der Gebiete nach Demokratie und gegen ein zentralisiertes Modell, das den multinationalen Interessen folgt;
- ein Moratorium für neue Bergbauprojekte bezüglich fossiler Brennstoffe, den Stopp für alle vorgeschlagene und nicht-konventionelle Extraktionen, die Beseitigung der öffentlichen Subventionen für fossile Brennstoffe oder umweltschädliche Materialien, die 16 Milliarden Euro pro Jahr entsprechen und die für die direkte Schaffung von Arbeitsplätzen in den Gebieten der Energieeffizienz, der erneuerbaren Energien, der Forschung und der technologischen Innovation verwendet werden können;
- den Kohleausstieg innerhalb der nächsten zehn Jahre, die Nutzung von Biomasse nur aus Abfall, die Planung von Windkraftanlagen nach Kriterien von Umwelt- und Tierschutz, den Stopp des Ausbaus von Energieinfrastrukturen wie TAP und Poseidon;
- ein ernstgemeintes Gesetz für einen Stopp des Abbaus von Bodenschätzen, das die Gemeinden dazu verpflichtet, neue Eingriffe in urbane und nicht ländliche Gebiete zu lokalisieren, ein Gesetz, das der

Deregulierung zu Gunsten von Privatpersonen ein Ende setzt, die Erhöhung der öffentlichen Mittel und Ressourcen (Grünflächen, Dienstleistungen, umweltfreundliche Verkehrsmittel), den Stopp der Zementierung der Küsten und die Umweltsanierung der Strände (75,4% des Küstenstrichs innerhalb von 200 m ist urbanisiert);

- einen nationalen Plan zur Sanierung verschmutzter Standorte auf der Grundlage des Verursacherprinzips und zur Überwachung und zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten;
- einen Investitionsplan für nachhaltige Mobilität und öffentlichen Verkehr (vom Schienenverkehr bis zum städtischen Verkehr), der auf den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung basiert und den Umweltschutz respektiert, der die Verbreitung von Straßentransportsystemen überwindet und den Eisen-See-güterverkehr verbessert;
- eine radikale Ausweitung der Radwege und eine Verbesserung des Radverkehrs mit einer Politik der öffentlichen Investitionen;
- den Halt am Eingang der Kreuzfahrtschiffe in der Lagune von Venedig und die Unterstützung der alternativen Vorschläge des Komitees NOGrandiNavi;
- eine neue Abfallpolitik, die die Produktion von Waren auf die Verwertbarkeit richtet und nicht recycelbare und Einwegprodukte entmutigt;
- das öffentliche Management von Anlagen und Entsorgungszyklen, das Verbot der Verbrennung beginnend mit der Beseitigung von Förderungen, Investitionen in Mülltrennung, in die Verwertung, in die Wiederverwendung, in das Recycling und in die Reduktion der Abfälle, die Umsetzung der von der „Legge Rifiuti Zero“-Bewegung (Null-Abfälle-Bewegung) entwickelten Strategie;
- die Rekommunalisierung des Wassers als Gemeinwohl und ganz allgemein der öffentlichen Dienstleistungen, die Streichung des Verwaltungsmodells durch private Rechtssubjekte wie die AG's, in Übereinstimmung mit dem im Referendum 2011 zum Ausdruck gebrachten Volkswillen.

14 – EINE NEUE NORD-SÜD-FRAGE

Die Krise, in der unser Land nun seit mehr als einem Jahrzehnt lebt, hat den Süden und die Inseln am stärksten getroffen. Die Arbeitslosenquote in diesen Gebieten ist fast doppelt so hoch wie der nationale Schnitt; die Hälfte der jungen Menschen im Süden ist arbeitslos, obgleich mit einem sehr hohen Bildungsniveau. Die Löhne sind im Durchschnitt niedriger und die Arbeit prekärer, verglichen mit den Lebenshaltungskosten, die in den letzten Jahren dramatisch angestiegen sind, insbesondere in Ballungsräumen. Die Nichtinvestition des Staates in den strategischen Sektoren hat eine enorme Verwandlung des Territoriums produziert, wie z.B. in Taranto mit der Stahlindustrie ILVA oder – verbunden mit einem Totalausverkauf dieser Industrien, ganze Landesstriche in Industriefriedhöfe verwandelt wie in Bagnoli (Napoli). Diese Zonen sind Opfer von spekulativen Interessen, die ohne jegliche Aussicht auf Entwicklung sind und hohen Umweltbelastungen ausgesetzt sind.

Die Verschmutzung ist ein anderes Merkmal des Südens, von Bagnoli bis ILVA, von der Mega-Deponie Terzigno bis zum Fluss Sarno, bis nach Priolo; wenn Gebiete nicht durch Industrieabfälle oder Deponien verschmutzt werden, werden sie von regelrechten Wäldern von Windturbinen und EBS-Energieproduktionsanlagen besetzt oder für die Lagerung von Nuklearabfällen und den Ausbau von Militärstützpunkten benutzt.

Das Gesundheitsniveau ist niedriger als im nationalen Durchschnitt, ebenso sind die Ressourcen für Bildung und Ausbildung im Süden und auf den Inseln niedriger. In diesem Kontext ist es verständlich, dass sich sowohl die Süd-Nord Auswanderung (manchmal handelt es sich um regelrechte Zwangsauswanderungen, wie z.B. bei den Lehrern) sowie die Auswanderung ins Ausland dramatisch erhöht hat. Menschen aus dem Süden und von den Inseln stehen an der Spitze der Rangliste und sie kehren oft nicht mehr zurück. Wir sind der Meinung, dass die Problematik des Südens („questione meridionale“) erneut ein zentrales Thema auf nationaler und europäischer Ebene sein sollte. Wir wollen den Spieß umdrehen: der Süden und die Inseln sollten nicht länger als Problem angesehen werden, sondern als eine große Chance für das Land, die positive Energien ausstrahlen.

Darum kämpfen wir für:

- eine Politik der öffentlichen Investitionen in produktive Sektoren, die auf die Entwicklung der am stärksten benachteiligten Gebiete abzielt und den aktuellen Widerspruch zwischen Arbeit, Gesundheit und Umweltschutz auflöst. Die jungen Menschen im Süden haben das Recht, in ihrem eigenen Land zu studieren und zu arbeiten;
- ein Gesundheitsniveau, welches dem des Restes des Landes entspricht;
- ein radikal verbessertes Infrastruktur- und öffentliches Verkehrsnetz;

- starke Investitionen in Bildung und Weiterbildung für die Jungen im Süden;
- das Ende einer Strategie, die Süditalien zu einer riesigen Müllhalde oder zu einem Mega-Kraftwerk für das Land verdammt;
- die Verteidigung der Territorien gegen die spekulativen Absichten lokaler Unternehmer und großer multinationaler Konzerne;
- die Bekräftigung eines alternativen Wirtschaftsmodells, welches neben einer Qualitätsproduktion auch die Schönheit, die Geschichte, die Erde, neue Technologien, und die Kultur der Städte als Orte des Friedens und der Durchmischung von Kulturen fördert.

15 – JUSTIZ

Die Forderung nach einer neuen Gesetzgebung, welche den Bedürfnissen der wirtschaftlich Schwächeren unserer Gesellschaft entspricht, wäre ohne ein Rechtssystem, welches diese effektiv respektiert, nutzlos.

Die Justiz ist auch ein Gemeingut und aus diesem Grund bekräftigen wir den wesentlichen Charakter der öffentlichen Justiz als Hindernis für die Verteidigung der Rechte und lehnen jegliche Form der Privatisierung ab.

Tausende von Menschen wurden in den letzten Jahren von Strafverfahren oder polizeilichen Maßnahmen betroffen, weil sie für das Recht auf Unterkunft, Arbeit, Gesundheit, Bildung, für den Respekt für die Umwelt und das Territorium kämpften. In der Praxis hat die "Legalität" dank einer korrupten Politik und einer gewissen Presse diejenigen getroffen, die für soziale Gerechtigkeit kämpften.

Statt ihre Forderungen politisch anzuerkennen, reagierten Staat und Justiz selbst nur repressiv: Diejenigen, die kämpfen, werden verurteilt und verhaftet, die Bedürftigen oder einfach diejenige, die nur gefährlich aussehen, werden unterdrückt und verurteilt.

Die offensichtliche Konsequenz ist, dass Gefängnisse – das beweisen auch die Statistiken – mit Migrantinnen und Migranten, psychisch kranken Menschen, Obdachlosen und Drogenabhängigen überfüllt sind.

Wenn hingegen die einfache Bevölkerung Gerechtigkeit fordert, wird diese aufgrund des substantiellen Klassizismus unseres Rechtssystems nie gewährt: Der Zugang zu Verwaltungsgerichten ist sehr teuer; nicht nur Privatpersonen, sondern auch kleine Gemeinden versagen oft gegen die stärksten Verwaltungen oder, schlimmer noch, gegen Privatpersonen mit größeren wirtschaftlichen Ressourcen (denken Sie beispielsweise an das multinationale Unternehmen TAP in Salento).

Die Justizkosten haben sich auch aufgrund von Steuerzeichen und immer größeren einheitlichen Beiträgen erhöht; die Bürger sind auch gezwungen, in vielen Bereichen außergerichtliche Vereinbarungen auszuprobieren (mit bezahlten Mediatoren oder Schiedsrichtern). Ziel ist es, dass die arbeitenden Klassen die Justiz nicht für ihre Bedürfnisse nutzen können.

Die Hasskampagne gegen diejenigen, die „anders“ sind und als Menschen mit „abweichendem Verhalten“ angesehen werden – auch von lokalen Regierungen vorangetrieben – regen zum Kauf von Waffen an. Die Vergabe von Lizenzen für Schusswaffen stieg in den letzten zehn Jahren massiv an, so dass heute 15 Prozent der Bevölkerung eine Pistole oder ein Gewehr besitzt.

Darum kämpfen wir für:

- die Amnestie für Verbrechen im Zusammenhang mit sozialen, Gewerkschafts- und Umweltkämpfen;
- die Entkriminalisierung einer Reihe von Verbrechen, die vom faschistischen System des Rocco-Kodex und immer neuen Sondergesetzen übernommen wurden;
- die Reform bestimmter Sanktionen und Verfahrensregeln bezüglich Reisepapieren, Sonderüberwachung und mündliche Bekanntmachungen;
- die Aufhebung der Abkommen, die die Macht der Bürgermeister im Bereich der „städtischen Sicherheit und öffentlichen Ordnung“ erhöht haben (z. B. der von Minniti geforderte Wegweisungsartikel);
- die Aufhebung der Sondergesetzgebung in Notfällen aus den 70er und 80er Jahren („legge Reale“);
- die Legalisierung leichter Drogen und die Entkriminalisierung des Drogenkonsums;
- die Bekämpfung der weitverbreiteten Korruption und der vermehrten Einführung mafiöser Kapitale in die Wirtschaft mit Massnahmen, welche die Strafen verschärfen und die Verjährungsfrist für Geldwäsche verlängern;
- die Einführung von Anti-Mafia-Programmen in der öffentlichen Bildung, die Verpflichtung für Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger über beschlagnahmte mafiöse Vermögen zu informieren und die Förderung von Gemeinden, welche diese Vermögen die Öffentlichkeit zur Verfügung stellen;
- die Entmilitarisierung der Finanzwache und ihre Umwandlung in eine spezialisierte Polizei im Kampf gegen

Korruption, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung;

- die Einführung von Identifikationscodes für Polizeibeamte, die Dienste der öffentlichen Ordnung leisten;
- die Änderung des unzureichenden Gesetzes über Folter, die im Juli 2017 vom Parlament gebilligt wurde;
- das Verbot der freien Verfügbarkeit von Waffen;
- die Abschaffung der bedingten und behindernden lebenslangen Freiheitsstrafe: das Fehlen einer Ausstiegsmöglichkeit ist mit jeglichem rehabilitativen Zweck der Strafe inkompatibel, was jedoch von Artikel 27 der Verfassung vorgesehen ist;
- die Abschaffung des Gesetzes 41 bis, die von den Vereinten Nationen und anderen internationalen Institutionen als eine Form der Folter verurteilt wurde; an deren Stelle müssen Kontrollmaßnahmen für Mafia-Straftaten eingeführt werden, die wirksam sind und die fundamentalen Menschenrechte respektieren, aber die Weiterführung jeglicher Kontakte mit der Außenwelt unterbinden;
- die Einführung von Amnestie- und Begnadigungsmaßnahmen, die das Problem der Überbelegung von Gefängnissen löst;
- eine Reform des Gefängnislebens, vor allem durch eine breitere Nutzung alternativer Maßnahmen und wirksamer Wege für die soziale Wiedereingliederung der Häftlinge;
- die Senkung der Zugangskosten zur Justiz, um die Rechte der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsgruppen zu sichern.